



Oesterreich-Deutsche Union hergestellt

Reichstag in Weimar nimmt einen derartigen Beschluss an; Alliierte sollen dieser Union angeblich entschieden opponieren

Man erwartet Fallen der Nahrungsmittelpreise

Kopenhagen, 21. März.—In einer Depesche aus Weimar heißt es, daß die deutsche Nationalversammlung sich für die Einverleibung Oesterreichs mit Deutschland erklärt habe. Letzten Nachrichten aus Wien zufolge wurde von dem österreichischen Parlament eine Vorlage in dritter Lesung angenommen, wonach Oesterreich eine Union mit Deutschland bilden soll.

Die Wahnahme der deutschen Nationalversammlung hat eine ähnliche Lage geschaffen, da Pariser Depeschen zufolge die Alliierten einer deutsch-österreichischen Union entschieden opponieren. Aus gewissen Quellen verlautet, daß Deutschland bei der Unterzeichnung des Vorfriedensprotokolls aufgefordert werden wird, einer solchen Union zu entsagen.

Krawalle in Bayern.

München, 21. März.—Depeschen aus Bayern melden, daß in der Nähe von München wieder eine revolutionäre Bewegung ausgebrochen ist. Unabhängige Sozialisten und revolutionäre Soldaten wurden in Rosenheim, 32 Meilen von München, verhaftet und dann der Stadt vertrieben.

Hindenburg verteidigt Wilhelm.

Berlin, 21. März.—Über die Anfeindungen, denen der frühere deutsche Kaiser wegen seiner Flucht nach Holland in letzter Zeit ausgesetzt gewesen ist, hat Feldmarschall Hindenburg (wie in der gestrigen Ausgabe der Tribune kurz erwähnt wurde) eine längere Erklärung erlassen, in der er die Handlungsweise des Kaisers verteidigt. Nach Schilderung der Lage, wie sie im November bestand, verurteilt er die Schwächung der Armee, die gabelhändige Verlässlichkeit der Streitkräfte im Felde und den Ausbruch der Revolution. — schreibt der Feldmarschall: „Die friedliche Rückkehr des Kaisers wurde dadurch zur Unmöglichkeit, er hätte seine Rückkehr nur an der Spitze von loyalen Truppen bewerkstelligen können, und ein Bürgerkrieg wäre den Feindseligkeiten mit dem Feinde hinzugefügt worden sein. Der Kaiser hätte sich an die Spitze seiner Truppen stellen und in einem letzten Angriff gegen den Feind den Tod finden können, aber dadurch würde der Waffenstillstand, der von dem Volke so sehnlich gewünscht wurde, verzögert und das Leben vieler Soldaten nutzlos geopfert werden. Schließlich entschied sich der Kaiser nach einer Beratung mit seinen Ratgebern und schloß sich dem Feinde an, um die Ordnung wieder herzustellen.“

Schiffe ohne Kohlen.

Berlin, 21. März.—Die Uebernahme deutscher Handelschiffe durch die Alliierten hat eine Verzögerung erfahren, da dieselben wegen der Streiks der Kohlenarbeiter und mangelnden Transportkapazitäten nicht mit einem genügenden Kohlenvorrat versehen werden können.

Erlaubnisse für Reisende.

Berlin, 21. März.—Zeitungsberichten gemäß darf keine Person aus den Ländern der Alliierten Deutschland ohne besondere Erlaubnis der Reichsministerkommission bereisen. Dieses wird durch die große Zahl der militärischen und bürokratischen Missionen der Entente, die Deutschland seit November besuchen, bedingt. Dieser Befehl ist vom Statistiker ausgegangen.

Die brennende Nahrungfrage.

Berlin, 20. März. (Verhät.)—Noch immer überherrscht die Nahrungfrage alle anderen in Deutschland. Man ist etwas ruhiger seit dem Bräuler Abkommen geworden, aber die große Mehrheit des deut-

schcn Volkes ist von demselben ganz und gar nicht begeistert. Es wurde den deutschen Delegaten nur etwa halb soviel zugelegt, wie sie verlangt hatten. Immerhin erwartet man bestimmt, daß das Eintreffen von Viktualien aus den Alliiertenländern eine entscheidende Wirkung auf die Lebensmittelpreise haben wird. Gegenwärtig wird z. B. Schweinefleisch zu 30 bis 40 Mark pro Pfund im Schleißhandel verkauft; importierter Reis kostet 52 Mark pro Zentner.

Vorwärts über den Frieden.

Berlin, über London, 21. März.—Der halbamtliche „Vorwärts“ sagt die Verwertung der Friedensbedingungen voraus und richtet eine Warnung an das Volk. Das Organ des Reichspräsidenten Ebert sagt hinzu, in diesem Falle werde Deutschland dann mit Aufbietung aller Mittel darnach trachten, die bestehende Ordnung in den Alliiertenländern über den Haufen zu werfen.

Vom preussischen Landtag.

Berlin, 21. März.—Oberst Reinhardt, der preussische Kriegsminister, sprach in einer Rede vor dem preussischen Landtag eine Range für das Regierungsmilitär und nahm energische Stellung gegen die Verdünnung, das Militär habe sich in den jüngsten Kämpfen in Berlin der Brutalität schuldig gemacht. Er erklärte, die summarische Hinrichtungsorder des Verteidigungsministers Gustav Noske, gegen Weisungen mit den Waffen in der Hand hingerichtet, sei gerechtfertigt gewesen. Reinhardt wurde wiederholt unterbrochen durch farcischste Bemerkungen seitens der unabhängigen Sozialisten. Die Behauptungen der Letzteren, der allgemeine Streik habe sich ruhig vollzogen, beantwortete er mit der Erklärung: „Wie kamen so große Mengen Waffen in die Hände der Revolutionäre?“

Bern, 21. März.—Der preussische Landtag hat, einer Depesche des Wolff Bureau zufolge, beschlossen, ein Komitee von 21 Mitgliedern einzusetzen, um die künftigen Sparmaßnahmen zu untersuchen. Unabhängige Sozialisten machten den Vorschlag, alles den Hohenzollern gehörige Eigentum einzuziehen, zu verkaufen und den Erlös den Arbeitern zugewenden. Es wurde in dieser Angelegenheit aber nichts Endgültiges getan.

Während der Debatte erklärte Kriegsminister Reinhardt: „Ich erhebe gegen die Schmähungen des Ministers Hoffmann Protest. Nur aus blohem Nationalismus hat dieser sich nach Holland gemeldet.“

England wird deutsche Schiffe versenken

London, 21. März.—Der Sturm von Unwillen in der italienischen und französischen Presse über die Absicht der englischen Admiralität, die internierten deutschen Kriegsschiffe zu versenken, hat keinen Eindruck hier gemacht.

Sollten Italien und Frankreich nicht mit dem Vorschlag übereinstimmen, so ist England willens, die Schiffe zu versenken. Aber es wird keinen Anteil versenken. Die Brauchbarkeit der deutschen Schiffe ist von der Admiralität sehr ernsthaft in Betrachtung gezogen worden; trotzdem hat sie die Versenkung beschlossen. Wie der United Press mitgeteilt wurde, sind die Beweggründe folgende:

Es wäre unannehmlich, die Schiffe als Kriegsschiffe zu benutzen, es sei denn, daß spezielle Munition für sie fabriziert würde. Das aber würde sehr unpraktisch sein. Zweierlei Munition verträge sich nicht mit der Leistungsfähigkeit einer Marine. Außerdem würden die daraus entstehenden Unkosten viel zu hoch sein. Die Konstruktoren der deutschen U-Boote sind von der Konstruktoren der englischen Kriegsschiffe. Deshalb wurden besondere Forschungen für ihre Instandhaltung, Ausbesserung und Reparaturen ge-

Eine furchtbare Gift-Bombe

Gegen „Gelbkreuz“ gab es tatsächlich kein Gegenmittel.—Gift dringt bis auf die Knochen

Anlässlich einer Debatte im Nürnberger Rathaus schreibt ein Pionier der „Fränkischen Tagespost“: Unter der Bezeichnung „Sandgasbombe“ verbirgt sich ein Kampfmittel von geradezu bestialischer Wirkung. Denn die Bombe enthält den sogenannten Kampfstoff „Gelbkreuz“, eine Zusammenlegung von häßlichen flüssigen Gifstoffen. Wird die Bombe gegen ein bewegliches Ziel, also etwa gegen Menschenmassen gemworfen, so detoniert sie entweder durch Auslöschung oder Zeitzähler. Die flüssige Giftmasse verpufft sich. Kräftig sie auf unbedeckte Hautteile, so verleiht sie das Hautgewebe, sowie die darunter liegenden Fleischteile, selbst Knochen sehr reich. Beim Auftreffen auf bedeckte Hautteile wird die Kleidung im Nu verfangen und das Gift wirkt ebenfalls auf die Körperhaut. In den getroffenen Stellen bilden sich stark eiternde Wunden, die eine ähnliche Flüssigkeit wie bei Tripper absondern und noch innerhalb eines Tages den Tod des Betroffenen herbeiführen. Ein Gegenmittel gibt es nicht. Uns Soldaten wurde im Felde empfohlen, die Wunde sofort mit Chlorform zu bestreuen; diesen mühten wir stets in kleinen Büschchen mit uns führen. Die Wirkung soll aber verfehlt haben. Der „Gelbkreuzkampfstoff“, im Felde kurzweg „Gelbkreuz“ genannt, gehört neben dem „Grün-“ und „Blaukreuz“, zur Kategorie der sogenannten V-Kampfstoffe, „Gelbkreuz“, ebenso wie „Grün-“ und „Blaukreuz“ wurde auch in Form damit gefüllter Geschosse von der Feldartillerie verschossen; die letzten beiden Gifte sind jedoch in gasförmigen Zustände. Gegen „Grünkreuz“ sollte Gasmaske schützen, gegen „Blaukreuz“ jedoch nur bei Verwendung eines besonderen Aufhanges auf die Maske. Wir hatten diesen Aufhänger, der Gegner hatte ihn angehängt. Zweifellos hatten wir diese V-Kampfstoffe zuerst. Später brachten sie auch die Gegner. So folgte Kampfmittel von großer Krausamkeit sind, so erledigte der Gegner gefangene Soldaten von uns, in deren Abschnitten Kampfmittel solcher Art benannt wurden, mit den Gewehrköpfen. Es weigerten sich daher vielfach die Truppen, solche Mittel zum Kampf zu benutzen. Ramentlich die Artillerie zeigte eine entschiedene Scheu dagegen. Die Kenntnis dieser Angaben stützt sich meinerseits auf Einblicke, die ich bei höheren Stäben in die „diskreten Affen“ hatte.

troffen werden. Als Handelschiffe könnten sie, wegen Mangels an Raderaum, ebenfalls nicht benutzt werden.

Leute, die gegen die Versenkung opponierten, konnten nur solche sein, die nichts von der Sache verstehen. Natürlich würde England vor der Versenkung gewisse Teile entfernen, wie die Pumpen, Kupfer- und Messingausstattung, die Maschinen.

Auch eine Benutzung der Rangertanks sei unannehmlich, weil viel zu kostspielig. Dazu bedürfte es besonderer Sachverständiger, Benutzung von Trockendocks unter hohen Kosten, Auslieferung der Chemikalien aus dem Stahl u. s. w. Alles neu anzufangen, würde billiger sein.

Wer die Schiffe erhält, würde nur „weiße Elefanten“ in seinem Besitze haben.

Zur Nahrungsmittelfrage.

Washington, 21. März.—Die Frage, welche die Beamten der Nahrungsmittel-Verwaltung betreffen, wor, ob es ratsam sei, Subsidien für Mehl zu gewähren, um das Preis Brot wieder auf 5 Cents zu bringen. Die Beamten sind der Meinung, daß ohne Mehlsubsidien das 5 Cent-Brot eine Unmöglichkeit sei, bis die Nahrungsmittelfrage wieder in normalen Zustand ist, und dies, dürfte wohl kaum in den nächsten zwei Jahren eintreten. Eine Mehrheit der Beamten erklärte sich gegen die Mehlsubsidien, weil es der Regierung circa \$500,000,000 kosten würde und diese Maßnahme dennoch nicht den Preis der anderen Nahrungsmittel beeinflussen.

Schade ist es, daß man bei manchen unserer Tagesblätter nicht in den Wagen sehen kann, um zu erfahren, was sie geschrieben haben. Und was getrunken.

Womiers auf die Röhliche Schilms.

eingereicht werden.

Bolschewistengefahr rückt immer näher

An Rumänien Grenzen ziehen Bolschewisten ein Heer zusammen; allerlei Vermutungen.

Paris, 21. März. (Von Fred S. Ferguson, Korrespondent der United Press.)—Das Rennen zwischen Friede, Raub und Armut ist jetzt im Gange. Mit dem Eintritt des Frühjahres wird die Frage, ob Friede, Weständigkeit und Wiederaufbau während der kommenden Monate ihren Eingang halten werden oder ob wenigstens Mitteleuropa sich in einem blutigen Ringen befinden wird, sehr bald beantwortet werden. Man weiß, daß Streitkräfte der Bolschewisten an Rumänien Grenze zusammengezogen werden; andere stehen den Polen gegenüber und führen Vorhiebe gegen die Burgel der neugebildeten Regierung aus. Die Rumänen wollen wissen, daß die Bolschewisten bei Eintritt günstiger Witterung losziehen werden. Die Polen haben mit den Bolschewisten fortgesetzt Schärmzüge zu bestehen, es wird angenommen, daß diese die Vorläufer des Losziehens eines allgemeinen Aufmarsches sind. Rumänien und Polen bilden die einzige Barriere zwischen den russischen Bolschewisten und Mitteleuropa.

Durch den Mangel an Rohmaterial, wodurch Beschäftigungslosigkeit verursacht wird, soll es eine bloße Frage der Zeit sein, wie lange sich die gegenwärtige Habsche-Regierung wird halten können.

Aus verschiedenen Quellen laufen Berichte ein, daß auch die gegenwärtige Ebert-Regierung in Deutschland sich nicht wird halten können. Es muß dem Zufall überlassen bleiben, ob sich der Sturz vor oder nach der Unterzeichnung des Friedens vollziehen wird. Ist die gegenwärtige Regierung nicht willens, für Deutschlands Verantwortung für den Krieg einzustehen und die Friedensbedingungen anzunehmen, dann, so sagt man, werden die Radikalen die Regierung zum Rücktritt zwingen. Andererseits wieder, sollte die Regierung die dringenden Bedingungen ohne Protest annehmen, wäre dasselbe Resultat die Folge.

Sachverständige auf dem Gebiete der Volkswirtschaft erklären, das beste Mittel gegen die überall auftretende Unruhm ist, den Beschäftigungslosen Arbeit zu verschaffen und den Arbeitslosen das Fehlen abzugewöhnen. Die Friedensdelegationen beschäftigen sich mit dieser Frage Tag und Nacht. Es ist ein geistliches Kennen, und die nächsten Wochen werden uns das Resultat desselben liefern.

Vorbereitungen gegen Prohibition

New York, 21. März.—Das Komitee der Brauer und Whiskeybrenner kündigte heute an, daß die nötigen Vorbereitungen getroffen seien, die Gesetzmäßigkeit des Bundes-Prohibitions-Amendments und des Kriegs-Prohibitions-Gesetzes anzufechten.

Levy Mayer, Chicago, der Rechtsbeistand der Organisation, habe Instruktionen erhalten, die nötigen gerichtlichen Schritte sofort nach Abschluß des Friedens zu nehmen. Alles Vorgehen gegen das 18. Amendement, so heißt es, hängt von dem Ausfalle der Referendum-Wahlen ab, die in 13 Staaten herbeizuführen, Petitionen im Umlauf seien.

Herr Mayer habe das Komitee informiert, daß die Ratifikation des Amendements durch die verschiedenen Legislaturen hinsichtlich sei, wenn nicht eine Majorität der Wähler dafür stimmen.

Der Rechtsbeistand habe ferner seine Ansicht dahin ausgesprochen, daß Bier- und Schnapsfabrikation, vom Präsidenten unter Nahrungsmittelgesetz verboten, gesetzlich wieder begonnen werden könne, sobald der Frieden abgeschlossen, sollte die Kriegsprohibition ungesetzlich erklärt werden.

Petitionen für ein Referendum seien im Umlauf gesetzt in Kalifornien, Washington, Michigan, Ohio, Missouri, Main und Nebraska.

Da in 45 Staaten, 9 mehr als das nötige 3/4 aller Staaten, das Amendement ratifiziert worden sei, wäre ein Vorgehen nutzlos, wenn in der beabsichtigten Wahl mehr als 4 Staaten zugunsten des Amendements abstimmen sollten.

Pfarschulen-Vorlage noch nicht verhandelt

Diese, sowie der Minoritätsbericht, wurden zurückgelegt.—Zuerst kommt die Code Bill des Gouverneurs zur Verhandlung.

Lincoln, Neb., 21. März.—Die Vorlage zur Kontrollierung der Pfarschulen wurde Donnerstag morgen im Senat eingebracht, aber nicht verhandelt. Die Mehrheit des Erziehungs-Komitees empfahl die Annahme der Substitutbill des Senator Harris anstelle der Burney Bill, Saisstolle No. 64.

Die Minorität des Komitees, bestehend aus den Senatoren Reed, Sturm und Bassam, empfahl dagegen die Annahme der ursprünglichen Burney Bill.

Senator Peterson und andere Vorführer der Administration beantragten, die beiden Vorlagen der General File zu überweisen und sie zu besprechen, sobald sie an die Reihe kämen. Ursprünglich war es die Absicht, die Vorlagen sofort zu erledigen. Peterson und seine Freunde drangen mit ihrem Antrag durch, worauf man mit der Beratung der Code Bill des Gouverneurs begann, deren Erledigung sicherlich mehrere Tage in Anspruch nehmen wird. Die Pfarschulenvorlage muß also noch einige Tage warten. Unterdessen haben sich bereits zahlreiche Vertreter der Pfarschulen eingeschrieben, um für ihre Rechte zu wirken.

Ein Gerücht wurde Donnerstag bekannt, daß die Radikalen im Haus sich bereit erklärt hätten, die Burney Bill dahin amendieren zu lassen, daß man die Kontrolle dahin erleichtert solle, daß der Staat nicht in die Ausstattung und Lehrbücher der Schulen drein reden würde. Im Übrigen aber würden die Herren auf ihrem Schein bestehen, sollte der Senat die geplanten Veränderungen machen und das Haus aufordern, dieselben auch anzunehmen. Natürlich sind das nur Gerüchte, Kampfrüchte.

Mit der Sprachenvorlage ist bis jetzt noch immer nichts Bestimmtes geschehen. Sie ruht noch immer im Schoße des Konferenz-Komitees, das sie zwar mehrmals besprochen haben soll, aber noch keinen bestimmten Anhalt gegeben hat, wie sie lauten wird. Soviel können wir nur berichten, daß sie nicht den Wortlaut haben wird, den wir ihr in unserem Bericht letzten Montag gaben. Allen Anschein nach, wird die Annahme der Pfarschulenvorlage, sowohl als der Sprachenvorlage bis auf die letzte Lage der Sitzung hinausgeschoben werden.

Das Abgeordnetenhaus hat eine Vorlage angenommen, die die Gehälter der County- und City-County-Verwalter von Douglas County von \$3,000 auf \$3,500, resp. \$1,980 auf \$2,300 erhöht. Die Reisekosten dieser Beamten wurden von \$5 auf \$8 den Tag erhöht.

Das Spezialkomitee für Landpächter hat im Haus eine Vorlage unterbreitet, wonach \$5000 bewilligt werden sollen, damit der Gouverneur eine Kommission ernennen soll, zum Zwecke des Studiums der Lage der Landpächter des Staates und dann der nächsten Legislatur bestimmte Veränderungen in den Landpächtergesetzen vorzuschlagen soll. Dies ist ein Zugeständnis an die Farmers Nonpartisan Liga, die durch ihren Vertreter Schmidt eine Vorlage eingereicht hatte, welche die Lage der Pächter besetzte.

Der frühere Kongreßmann Sloan hielt vor beiden Häusern der Legislatur eine Rede, in welcher er in scharfer Weise die geplante Liga der Nationen, verdamnte und Präsident Wilson scharf kritisierte für seine Handlungsweise, diese Liga zu schaffen. Sloan sagte, Amerika habe keine Jungens nach Europa geschickt, um zu kämpfen, nicht um Polizeidienste zu tun. Sie sollten jetzt so rasch wie möglich zurückgebracht werden. Er sprach die Ansicht aus, daß die jetzt vorgeschlagene Liga die Reifikation des Senats nicht finden würde.

Der Kompromiß der Nebraska Power Company mit Herrn A. W. Jewell, dem Vertreter der Verstaatlichungsidee, ist Donnerstag zur endgültigen Tatlage geworden, indem sowohl das Haus als der Senat die betreffenden Vorlagen entweder angenommen oder abgelehnt hat. Nach dem jetzigen Stand der Dinge hat Omaha das Recht, die Gaswerke und elektrischen Werke zu übernehmen, nur ist die Uebernahme durch den Stadtrat, anstatt durch den Volkerrat zu vollziehen, die Vorlage vorher das Volk sich durch eine Wahl dafür entschieden hat.

Friede bis Ende März hinausgeschoben

Italiener verlangen Fiume, widrigenfalls sie sich von der Konferenz zurückziehen wollen; Deutschland soll 40 Milliarden zahlen

Vorschläge zur Abänderung der Ligakonstitution

Paris, 21. März.—Oberst Houze, Mitglied der amerikanischen Friedensdelegation, machte britischen Journalisten die Mitteilung, er sei überzeugt, daß der Vorfriedensvertrag, einschließlich der Konstitution der Völkerliga, am 29. März zur Unterzeichnung fertig sein würde, hinzugefügt, daß er sich sehr täuschen würde, wenn sich die deutschen Delegaten nicht binnen drei Wochen in Versailles befinden würden. Ministerpräsident Lloyd George teilte den britischen Journalisten mit, daß er in Paris verbleiben werde, bis der Vorfriedensvertrag unterzeichnet ist. Von der Erklärung des Col. Houze in Kenntnis gesetzt, daß die deutschen Delegaten innerhalb drei Wochen in Versailles erwartet werden können, sagte Lloyd George: „Fügen Sie eine weitere Woche hinzu, und dann wird es ungefahr stimmen.“

Italiener wollen anscheiden.

Paris, 21. März.—Die italienischen Friedensdelegaten haben einstimmig beschlossen, sich von der Konferenz zurückzuziehen, falls Fiume nicht gleichzeitig mit dem Friedensabluß an Italien fällt.

40 Milliarden verlangt.

Paris, 21. März.—Präsident Wilson, Lloyd George und Clemenceau haben gestern mehrere Konferenzen gehalten, um die zwischen ihnen herrschenden Meinungsverschiedenheiten zu klären. Die Hauptfragen, die zwischen ihnen zu erledigen sind, beziehen sich auf die von Deutschland zu zahlende Entschädigungssumme und die Regelung der deutsch-französischen Grenze. Es handelt sich bei der Entschädigungsfrage nicht darum, wieviel Deutschland zahlen sollte, sondern was es zu bezahlen instand ist. Die Kommission, die diese Angelegenheit eingehend studiert hat, ist auf die Summe von 40 Milliarden schlußfertig geworden.

Gefahr der Nichtannahme vorhanden.

Paris, 21. März. (Von Lowell Mellett, Korrespondent der United Press.)—Britische Diplomaten besorgen sich jetzt mit der Möglichkeit, daß Deutschland die Vorfriedensbedingungen nicht annehmen wird. Sie glauben, es liege die Gefahr vor, daß der Feind die Bedingungen mit der Erklärung ablehnen mag „mit was Ihr wollt!“ Was die Alliierten in einem derartigen Falle tun werden, kann nicht in Erfahrung gebracht werden, in dessen wird gesagt, daß man sich auf alle Eventualitäten gefaßt gemacht hat.

Vorschläge zur Völkerliga.

Paris, 21. März.—Auf die Einladung des Völkerbundesverfassungskomitees, Vorsitziger Präsident Wilson, an die Neutralen, ihre Vorschläge einzubringen, haben die Delegaten zur Internationalen Konferenz der Völkerbundesgesellschaften, welche vom 6. bis 13. März in Bern in Sitzung war, ein Telegramm mit zahlreichen Vorschlägen geschickt, welche vom Komitee in Beratung gezogen werden.

Die Konferenz war von Delegaten von 60 Vereinen in England, Italien, Deutschland, Oesterreich, Dänemark, Holland, Ungarn, Schweden und Schweiz besetzt, außerdem waren Vertreter aus Frankreich, den

Norris besucht Panama; Lobeck geht heim

Washington, 21. März.—Senator Norris von Nebraska gedenkt Samstag nach Panama zu gehen, um sich den Kanal offiziell anzusehen. Sein Aufenthalt in der Zone wird wahrscheinlich 14 Tage währen, worauf der Senator nach Nebraska gehen und dort bis zur nächsten Sitzung des Kongresses zu verbleiben gedenkt.

Ex-Kongreßmann C. D. Lobeck reiste gestern abend nach Omaha ab, doch wird er hier bald zurückkehren, da es heißt, daß er für eine Bundesstelle ausgeschrieben sei.

Ver. Staaten, Russland, Bulgarien, Ägypten, Griechenland, Indien, Libanon, Madagaskar, Rumänien, Türkei und Ukraine anwesend.

„Ein internationales Parlament, erwähnt von den Völkern,“ sollte an Stelle der „Delegatensammlung“ in der Pariser Versammlung treten,“ schlagen diese Vertreter vor. „In diesem Parlament soll jedes Land für jede Million seiner Einwohner einen Vertreter senden.“

Die anderen Bestimmungen sollen vorzusehen: die Schaffung eines internationalen Tribunals, daß der Rat des alle Völker umfassenden Völkerbundes die vollständige Entwaftung zu Lande und zur See durchführe, und darauf sehe, daß Zwangsmittel abgefaßt wird und nur genügend Freiwilligentruppen unterhalten werden, als notwendig sind, die Ordnung aufrecht zu erhalten.

Ferner soll der Völkerbund über alle Land- und Seestreitkräfte verfügen, um Friedensbrüche zu verhindern. Alle Kolonien, mit Ausnahme der sich selbst regierenden, sollen von einem Beamten des Bundes verwaltet werden. Zolltarife und Monopole zur Begünstigung von Sonderinteressen sollen abgeschafft werden. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker und der Satz von nationalen Minderheiten soll durch eine Weltverfassung gewährleistet werden, und Volkstötis aus nationalen Gründen verboten sein.

Das Telegramm schließt: „Die Berner Konferenz bittet die alliierten und verbündeten Regierungen, die obigen Vorschläge in Beratung zu ziehen und ihren Entwurf dementsprechend abzuändern.“

Bolschewiki wollen in Ver. Staaten kaufen

New York, 21. März.—A. S. Martens, der hiesige Vertreter einer Moskauer Eisen- und Stahlfabrik, erklärte heute formell, daß die russische Sowjetregierung willens ist, \$200,000,000 in Gold in amerikanischen und europäischen Banken für den Ankauf in den Ver. Staaten von allem, was zum Wiederaufbau Russlands nötig ist, zu deponieren.

Herr Martens fügte hinzu, daß er zum offiziellen Vertreter der Sowjetregierung ernannt sei und seine Beglaubigungspapiere der Regierung der Ver. Staaten ausgehändigt habe. Dem habe er einen offiziellen Bericht über die Lage Russlands beigefügt und einen Ausbruch des Wunders, zwischen Ausland und den Ver. Staaten wieder normale Beziehungen herbeizuführen.

Die Sowjetregierung beabsichtigt ferner, der Regierung der Ver. Staaten, so erklärt Herr Martens weiter, verschiedene Vorschläge zu machen, die zum Vorteile von Fabrikanten und Exporteuren sein würden.

Wetterbericht.

Für Omaha und Umgebung — Schön heute abend und Samstag, mit steigender Temperatur. Für Nebraska — Allgemein schön und etwas wärmer heute abend; Samstag schön und wärmer. Für Iowa — Schön heute abend und Samstag. Steigende Temperatur am Samstag und im äußersten westlichen Teile heute abend.

Man unterstütze die deutsche Presse, indem man zu ihrer Bestärkung beiträgt.